

Gegen internationale Tiertransporte

Angehörte wollen Verbot beibehalten

Bern, 31. Aug. (sda) Die geplante Aufhebung des Verbots internationaler Tiertransporte durch die Schweiz stösst in der schriftlichen Anhörung allseits auf Widerstand. Im Rahmen der Anpassungen des Veterinärabkommens im Landwirtschaftsabkommen der Bilateralen I muss unter anderem die Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten revidiert werden. Bei dieser Gelegenheit wurde das bisherige Verbot internationaler Tiertransporte durch die Schweiz aus der Verordnung gekippt.

Während die anderen Verordnungsänderungen grundsätzlich auf weitgehende Zustimmung stossen, hat die geplante Aufhebung des Tiertransport-Verbots Staub aufgewirbelt. Die Betroffenen hatten bis Ende August Zeit, sich zu den geplanten Änderungen zu äussern. Der Schweizerische Bauernverband (SBV), die im Verband Suisseporcs zusammengeschlossenen Schweinezüchter, der Schweizer Tierschutz und andere Vereinigungen sind sich einig: Der Tierverkehr sei ein Hauptfaktor bei der Ausbreitung von Tierseuchen. Das Verbot internationalen Transitverkehrs mit Tieren durch die Schweiz

müsse deshalb beibehalten werden. In den letzten zwei Jahren konnten laut SBV beispielsweise zwei Lungenseuchen bei den Schweinen ausgemerzt werden. «Der einmalig gute Seuchenstatus der Schweizer Nutztierbestände darf nicht leichtfertig verspielt werden», mahnt der Verband. Der Schweizer Tierschutz bezeichnet die geplante Zulassung internationaler Tiertransporte gar als Skandal und spricht von einer «tierquälerischen, seuchenhygienisch und verkehrstechnisch äusserst problematischen Massnahme».

Der Thurgauer Tierschützer Erwin Kessler hat im Zusammenhang mit der geplanten Aufhebung des Verbots sogar ein Disziplinarverfahren gegen das Bundesamt für Veterinärwesen (BVet) angestrengt. Er kritisiert unter anderem, dass die Streichung des Verbots nicht in den Erläuterungen zur Revision enthalten ist. Dieser Punkt wird auch von anderen Organisationen beanstandet. BVet-Direktor Hans Wyss hatte Mitte August öffentlich versprochen, gegenüber der EU auf die Beibehaltung des Verbots zu pochen. Wie gross der Spielraum bei den Verhandlungen ist, konnte er noch nicht abschätzen.